Harald Thomé / Referent für Arbeitslosenrecht

Von: "Claudius Voigt" <voigt@ggua.de>
Datum: Freitag, 14. Oktober 2016 14:32
An: <liste-muensterland@asyl.org>
Betreff: [liste-muensterland] Bundesregierung plant die nächste Gesetzesverschärfung

Liebe Kolleg*innen,

das Bundesinnenministerium plant die nächste Gesetzesverschärfung. Der Entwurf eines Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht sieht Regelungen vor, bestimmten Gruppen langjährig Geduldeter sämtliche Integrationsmaßnahmen und das soziokulturelle Existenzminiumum zu verweigern, um so die Bleibeperspektive zu minimieren. Unter anderem ist vorgesehen, eine "Duldung zweiter Klasse" einzuführen. In diesem Fall "ist die Aufnahme oder Fortführung einer Bildungsmaßnahme, mit Ausnahme allgemeinbildender und berufsbildender Sekundarschulen, durch eine Auflage zu untersagen". Zudem soll auch langjährig Geduldeten eine bevorstehende Abschiebung nicht mehr angekündigt werden und Geduldete sollen auch für das Verhalten ihrer Herkunftsstaaten bestraft werden, wenn die Heimatbehörden bestimmte Dokumente nicht ausstellen. Auch Deutsche "zweiter Klasse" werden nun gesetzlich eingeführt - es handelt sich um doppelte Staatsangehörige.

Teile des neuen Gesetzentwurfs waren bereits im letzten Jahr Vorschläge des Bundesinnenministeriums und wurden damals noch von der SPD abgelehnt. Das Bundesinnenministerium versucht nun offenbar, die SPD einmal mehr zu überrumpeln (nachdem dies bei der Aussetzung des Familiennachzugs ja auch schon geklappt hatte). Hier gibt es rechtliche Einschätzungen des Gesetzentwurfs von Pro Asyl.

Die Bundesregierung legt ihr (aus unerfindlichen Gründen noch immer so wahrgenommenes) "freundliches Gesicht" in der Flüchtlingspolitik nun also vollständig und brutalstmöglich ab und konterkariert auf gesetzgeberischer Ebene somit sämtliche Integrationsbemühungen von Betroffenen, Behörden, Ehrenamtlichen und Unterstützer*innen. Die Politik der Bundesregierung ist an Schäbigkeit kaum noch zu überbieten.

Hier gibt es die geplanten Änderungen eingearbeitet in den Fließtext des Aufenthaltsgesetzes von Volker Maria Hügel.

Liebe Grüße

Claudius

--
Claudius Voigt
Projekt Q - Büro für Qualifizierung der Flüchtlings- und Migrationsberatung
Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA Flüchtlingshilfe)
Hafenstraße 3-5
48153 Münster

Fon: 0251 14486-26
Mob: 01578 0497423
Fax: 0251 14486-20

voigt@ggua.de
www.ggua.de
www.einwanderer.net

Das Projekt Q wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie durch das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW (MIK).

Das Projekt Q ist Teilprojekt im IQ Netzwerk Niedersachsen. Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)" wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert.
In Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Die GGUA Flüchtlingshilfe ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV).

Falls Sie im Bereich der Flüchtlingsarbeit in NRW auf dem Laufenden bleiben wollen -
hier können Sie sich in die "Infoliste Münsterland" eintragen: http://www.ggua.de/ggua/fuer-den-newsletter-anmelden/

_____
liste-muensterland mailing list
liste-muensterland@asyl.org
http://www.asyl.org/mailman/listinfo/liste-muensterland